

Presseinformation 11/2024

Abbau klimaschädlicher Subventionen in der Landwirtschaft gefordert

Über sechs Mrd. Euro belaufen sich nach einer kürzlich veröffentlichten Greenpeace Studie jährlich die klimaschädlichen Subventionen aus Steuergelder in die Landwirtschaft. Darunter fallen beispielsweise neben der Agrardieselvegünstigung auch die Befreiung landwirtschaftlicher Fahrzeuge von der Kraftfahrzeugsteuer, die Reduktion der Mehrwertsteuer auf tierische Lebensmittel, die Mehrwertsteuerreduzierung für Hackschnitzel und Brennholz, die Energiesteuerentlastung für Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft (Heizstoffe) oder die Stromsteuerentlastung für Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft.

Fazit der Studie ist, in keinem Wirtschaftssektor werde im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung und der Zahl der Arbeitsplätze so hohe Subventionen verteilt wie in der Land- und Forstwirtschaft. Der Verband für Wirtschaft und Umwelt in Rheinland-Pfalz fordert angesichts der Haushaltslücken und der nicht vorhandenen Bereitschaft der Bundespolitik die Verschuldungsgrenzen zu modernisieren oder Steuern anzuheben, den Abbau klimaschädlicher Subventionen in der Landwirtschaft wie auch in anderen Wirtschaftszweigen. Zugleich sollten aber die eingesparten Haushaltsmittel den jeweiligen Branchen wieder für ihre Transformation und Produktionsumstellung zurückgegeben werden.

Zugleich verweist der Verband auf die Möglichkeiten zusätzlicher Einkommensquellen, die in der Landwirtschaft besonders groß seien. Durch Flächenverpachtungen für Wind- und Solaranlagen bestünden beträchtliche Einkommensquellen ohne weiteren Arbeitseinsatz. Weiterhin könnten In Doppelnutzungen von Flächen für Photovoltaiklösungen Zusatzeinkommen generiert werden. Zu den sogenannten Agri-PV Möglichkeiten habe der Wirtschaftsverband gemeinsam mit dem Landesverband der Solarenergie in Rheinland-Pfalz eine gut besuchte Veranstaltung mit einem südpfälzischen Biolandwirt organisiert. Der Landwirt habe trotz bürokratischer Hemmnissen anstelle eines Gewächshauses mit einer großen aufgeständerten PV Anlage seine Kulturen vor zu starkem Regen und Sonneneinstrahlung geschützt. Zusätzlich wurde durch Regenrinnen an den PV Modulen Wasser für die Beregnung eingesammelt und genutzt.

Der Landessolarverband verweist auch auf Möglichkeiten, größere Investitionen in Dachanlagen oder Agri-PV Anlagen durch Contracting Modellen zu finanzieren. Dabei müsse der Landwirt kein eigenes Geld in die Hand nehmen. Rheinland-Pfalz sei mit seinem vielfältigen Sonderkulturen geradezu prädestiniert für Agri-PV Projekte. Deshalb fordern die Verbände auch spezielle Initiativen der Landesregierung für eine klimafreundliche Landbewirtschaftung.

Neustadt a.d.W. | Ebertsheim, den 11. März 2024